



# Forderungspapier für den Bildungsprotest 2025

Wir haben in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen eine Krise in den Schulen. Die Schulen sind marode und kaputtgespart. Die Bildungsungleichheit wächst und die Schüler\*innen sind mit immer neuen Problemen konfrontiert. In vielen Fällen können sie gar nicht mitbestimmen. Deshalb ruft die Landeschüler\*innenvertretung NRW (LSV NRW) zum Bildungsprotest am 25. Juni 2025 auf. Wir werden nicht aufgeben, bis wir endlich echte Veränderungen für uns Schüler\*innen sehen. Mit acht Forderungen gehen wir wieder auf die Straße. Unser Motto ist:

## Eine Schule für uns – eine Schule für alle!

### 1. Weg mit der Schuldenbremse: Geld für die Schüler\*innen!

Die Schulen in Deutschland weisen einen Investitionstau von 55 Milliarden Euro auf, ein großer Teil davon in NRW. Insbesondere die Sportanlagen sind marode, aber auch viele Klassenräume und natürlich die Schultoiletten sind in keinem guten Zustand. All das schafft ein Lernumfeld, in dem gutes Lernen und gute Bildung kaum möglich sind.

Um diese Mängel zu beheben, sind massive Investitionen notwendig. Es geht auch um den Bau neuer Schulen in Regionen mit steigenden Schüler\*innenzahlen. Zu diesen notwendigen Ausgaben gehören auch viele konsumtive Ausgaben, z. B. Stellen für Lehrkräfte. Die aktuelle Lockerung der Schuldenbremse, die sich im Wesentlichen auf Militärausgaben beschränkt, wird nicht die aktuellen Probleme lösen. Diese Ausgaben, werden wahrscheinlich auf Kosten von Bildung und Sozialem gehen, das halten wir für falsch. Deshalb muss die von SPD und CDU/CSU für die 21. Legislaturperiode des Bundestages angekündigte Reform der Schuldenbremse schnell und umfassend erfolgen, um die notwendigen Ausgaben tätigen zu können. Die Schuldenbremse muss aus unserer Sicht abgeschafft werden.

### 2. Weg mit diesem Schulsystem: Eine Schule für alle!

Das mehrgliedrige Schulsystem schafft Ungleichheiten. Gemeinschaften, die sich über Jahre gebildet haben, werden oft nach der Grundschule auseinandergerissen. Auch ist nach nur vier Jahren kaum zu sagen, welchen Weg die Schüler\*innen einschlagen werden. Daher fordern wir eine Verlängerung der Grundschulzeit, wie sie in anderen Bundesländern und Staaten (z. B. Berlin, Dänemark) bereits umgesetzt wurde. Die weitere Aufteilung auf Schulformen kann stigmatisierend wirken und ist



aus unserer Sicht ein Grund dafür, dass das Lerninteresse verloren geht. Gleichzeitig werden soziale Klassen durch ein ungerechtes Schulsystem reproduziert.

Wir fordern daher die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems und die Einführung der Inklusiven Ganztags Gesamtschule (IGGS). In dieser sollen alle Schüler\*innen gemeinsam lernen und leben können. Dabei soll es kreative Angebote für die Schüler\*innen geben, die den künstlerischen, musischen, technischen usw. Interessen entsprechen. Auch digitale Techniken sollen einbezogen werden. Ebenso soll es durch den Ganztag keine Hausaufgaben mehr geben, um mehr Freizeit zu ermöglichen. In der Schule soll gelten: "Jede\*r nach seinen Fähigkeiten, jede\*m nach seinen\*ihren Bedürfnissen".

### 3. Weg mit der Enge: Kleinere Lerngruppen!

Wir wollen maximal 15 Schüler\*innen in einer Klasse. Steigende Schüler\*innenzahlen und Lehrkräftemangel in vielen Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens führen dazu, dass die Klassen immer größer werden und die Räumlichkeiten teilweise kaum noch ausreichen. Das führt zu Stress bei den Schüler\*innen und Lehrkräften. Es kann zu Problemen im Unterricht führen und das Lernen erschweren.

Wir fordern daher, die Höchstzahl für die Klassengröße zu senken und den Lehrkräftemangel vorrangig anzugehen. Dazu gehört auch der Bau neuer Schulen. Die Forschung zeigt auch, dass kleinere Klassen nur geringe Effekte haben, wenn die Unterrichtsmethoden nicht angepasst werden. Daher gilt es auch diese zu optimieren und mehr gemeinsames Lernen und Arbeiten zu ermöglichen.

### 4. Weg mit den Noten: Bewertungssystem reformieren!

Das klassische Bewertungssystem mit Ziffernnoten von 1 bis 6 ist nicht in der Lage, Lernfortschritte wirklich abzubilden und die Vielfalt der Wissensformen anzuerkennen. Es werden lediglich zusammenfassende Zahlen anhand von Kriterien gegeben, die in ihrer Gewichtung häufig bei der Lehrkraft liegt, somit nicht objektiv sind und die Schüler\*innen in Schubladen sortieren. Lernfortschritte können nur bedingt abgebildet werden. Insbesondere bei Klausuren wird lediglich zu einem bestimmten Zeitpunkt unter psychischem Druck Wissen abgefragt und mit einer Note versehen. Außerdem dient das bestehende Notensystem zu Vorbereitung auf die Leistungsgesellschaft und schafft somit unnötige Konkurrenz zwischen den Schüler\*innen, anstatt Zusammenhalt zu fordern.



Wir fordern daher die Abschaffung der Ziffernnoten. Stattdessen sollen alternative Bewertungssysteme eingeführt werden, die den Lernfortschritt der Schüler\*innen besser abbilden. Dabei sollen auch Wissensformen jenseits des akademischen Wissens akzeptiert werden. Diese neuen Bewertungssysteme beinhalten sowohl mündliches als auch schriftliches Feedback, z. B. in Form einer Tabelle. So können die Schüler\*innen besser wahrnehmen, wo Probleme bestehen und aktiv mit der Lehrkraft an Fortschritten arbeiten. Klausuren bzw. Klassenarbeiten sollten überarbeitet werden und stärker die Kompetenzen der Schüler\*innen abfragen als auf stures Auswendiglernen abzielen, dies kann z. B. durch Open-Book-Klausuren oder ähnliches erreicht werden.

## 5. Weg mit der Fremdbestimmung: Mitbestimmung in die Schulen!

Die derzeitige Mitsprache ermöglicht nur eine eingeschränkte Beteiligung der Schüler\*innen bei der Entscheidungsfindung. Leider schränken Lehrkräfte Schüler\*innenvertretungen in ihren Projekten ein. Wünsche können aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht umgesetzt werden. Eine Mitbestimmung im größeren Stil ist meist erst in der Sekundarstufe I möglich und wird häufig erst von Schüler\*innen der Sekundarstufe II wahrgenommen. Selbstwirksamkeit und die Gestaltung des eigenen Lernortes sind jedoch wichtig für den schulischen Erfolg, aber auch für das Vertrauen in demokratische Prozesse und die aktive Teilnahme an der Gesellschaft im Erwachsenenalter.

Daher fordern wir die Mitbestimmung über den eigenen Lernort von der Grundschule an. Die Schüler\*innen sollen z. B. ihren Klassenraum aktiv selbst gestalten können, das soll auch in der weiterführenden Schule fortgesetzt werden. Dazu zählt auch, dass das Bundesland NRW ihr Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr auflöst. Die Bundeswehr darf keinen Platz in der Schule haben, um aktiv um Soldat\*innen zu werben und Kriegsverherrlichung zu propagieren. Die Schüler\*innenvertretung soll mehr Rechte bekommen. Sie soll eigenständiger agieren und aktiv an der politischen Willensbildung teilnehmen können. Dazu soll kontrolliert werden, dass alle Schulen eine Schüler\*innenvertretung haben, die auch in der überörtlichen Schüler\*innenvertretung (Bezirksschüler\*innenvertretung) mitarbeitet. Dazu soll es Seminare sowohl für die Schüler\*innen als auch für die SV-Lehrkräfte geben, die die Schüler\*innen in ihrer Autonomie fördern. Die Drittelparität in der Schulkonferenz muss abgeschafft werden und die Schüler\*innen sollen an Einfluss gewinnen. Dabei soll sie auch den Unterricht und seine Methodik mitbestimmen können, auch die Schüler\*innen in der Klasse oder Kurs sollen mitentscheiden können. Doch die Mitbestimmung darf nicht nach der Schule



aufhören. Die aktuellen Forderungen nach einer Wiedereinführung der Wehrpflicht schränken massiv dieses Mitbestimmungsrecht ein. Die Wehrpflicht, die von einem Großteil der Jugend abgelehnt wird, spricht klar gegen unsere Interessen als Schüler\*innen und Jugend insgesamt.

## 6. Weg mit langen Tagen: Unterricht nur bis 16 Uhr!

An vielen weiterführenden Schulen haben Schüler\*innen auch nach 16 Uhr noch Unterricht oder müssen in der Schule sein. Die Konzentration über acht Stunden aufrechtzuerhalten ist kaum möglich, auch wenn es Pausen gibt. Außerdem wird so die freie Zeit der Schüler\*innen beschnitten, die sie mit politischem Engagement oder im Sportverein verbringen und in der sie sich mit Freund\*innen treffen könnten. Längere Unterrichtszeiten verringern zudem die Chancen der Schüler\*innen, die aufgrund ihrer familiären Verpflichtungen beziehungsweise ihres sozialen und finanziellen Status benachteiligt sind, auf einen höheren Abschluss.

Deshalb fordern wir, dass Unterricht nach 16 Uhr nur noch in absoluten Ausnahmefällen stattfinden darf. Damit verbunden ist die Forderung, auch in der Oberstufe die Möglichkeit von Hitzefrei einzuführen. Denn bei Temperaturen von über 27 Grad Celsius können sich auch ältere Schüler\*innen nicht mehr ausreichend gut mit dem Unterrichtsstoff auseinandersetzen.

## 7. Weg mit überteuertem Fraß: Kostenloses gutes Mensaessen!

In vielen Schulen gibt es Mensen. Diese stellen häufig eine Möglichkeit für die Schüler\*innen dar, sich zu stärken und gemeinsam zu essen. Leider entspricht das Essen oft nicht den Angaben des Anbieters, für die der Vertrag abgeschlossen wurde. Außerdem kostet es immer Geld, was Schüler\*innen, die in Armut leben, vor Schwierigkeiten stellen kann.

Deshalb fordern wir, dass das Mensaessen bestimmte Qualitätsstandards erfüllen muss. Dazu gehört unter anderem, dass es reichhaltige vegetarische und vegane Alternativen gibt, die über Salat hinausgehen. Außerdem sollte das Mensaessen kostenlos sein und eventuelle Kioskangebote o. ä. sowohl qualitativ möglichst hochwertig als auch für die Schüler\*innen bezahlbar sein, ggf. sollte es finanzielle Unterstützung von Kommune, Land oder Bund geben.

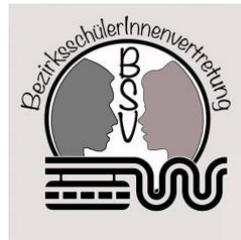


## 8. Weg mit der Menschenjagd: Keine Schüler\*innen abschieben!

In der Vergangenheit kam es immer wieder vor, dass Schüler\*innen aus Schulen abgeschoben wurden. Als wäre die Abschiebung nicht schon unmenschlich genug, wird so die abgeschobene Person zusätzlich vor ihren Mitschüler\*innen gedemütigt. Ebenso kann die Abschiebung zu traumatischen Erlebnissen bei den Mitschüler\*innen führen. Durch die aktuellen politisch rechten Asylrechtsverschärfungen ist davon auszugehen, dass dieses Vorgehen in Zukunft noch häufiger zu beobachten sein wird. Außerdem werden geflüchtete Schüler\*innen häufig nicht angemessen aufgenommen und integriert.

Wir fordern daher, Abschiebungen aus Schulen und von Schüler\*innen allgemein zu verbieten. Generell muss die Asylpolitik wieder eine humane Form annehmen. So wird durch das Gemeinsame europäische Asylsystem (GEAS) einigen Kindern das Recht auf Bildung verwehrt und sie werden mit ihren Eltern faktisch in Lagern eingesperrt. Damit muss Schluss sein. Die Integration in der Schule muss gestärkt werden, gute Sprachkurse und eine aktive Willkommenskultur sind nur ein Teil davon. Auch Mehrsprachigkeit muss als Chance akzeptiert und genutzt werden.

Unterstützer\*innen:





Einfache Formulierungen:

## Forderungspapier für den Bildungsprotest 2025

Wir haben in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen eine Krise in den Schulen. Die Schulen sind kaputt und haben zu wenig Geld. Die Unterschiede in der Bildung werden größer und die Schüler\*innen haben immer mehr Probleme. Oft dürfen sie nicht mitentscheiden. Deshalb ruft die Landeschüler\*innenvertretung NRW (LSV NRW) zum Bildungsprotest am 25. Juni 2025 auf. Wir geben nicht auf, bis wir echte Veränderungen für uns Schüler\*innen sehen. Mit acht Forderungen gehen wir wieder auf die Straße. Unser Motto ist:

### **Eine Schule für uns – eine Schule für alle!**

#### **1. Weg mit der Schuldenbremse: Geld für die Schüler\*innen!**

Die Schulen in Deutschland brauchen 55 Milliarden Euro für Reparaturen, ein großer Teil davon in NRW. Besonders die Sportanlagen sind kaputt, aber auch viele Klassenräume und natürlich die Schultoiletten sind in schlechtem Zustand. All das macht es schwer, gut zu lernen.

Um diese Mängel zu beheben, brauchen wir viel Geld. Es geht auch darum, neue Schulen zu bauen, dort es in Zukunft mehr Schüler\*innen geben wird. Zu diesen wichtigen Ausgaben gehören auch viele laufende Kosten, zum Beispiel Stellen für Lehrkräfte. Die aktuelle Lockerung der Schuldenbremse, die hauptsächlich für Militärausgaben gilt, wird unsere Probleme nicht lösen. Diese Ausgaben werden wahrscheinlich dazu führen, dass weniger Geld für Bildung und Soziales da ist. Das finden wir falsch. Deshalb muss die von SPD und CDU/CSU angekündigte Reform der Schuldenbremse schnell und umfassend kommen, damit das nötige Geld ausgegeben werden kann. Wir finden, die Schuldenbremse muss ganz abgeschafft werden.

#### **2. Weg mit diesem Schulsystem: Eine Schule für alle!**

Das mehrgliedrige Schulsystem schafft Ungleichheiten. Freundschaften, die über Jahre entstanden sind, werden oft nach der Grundschule auseinandergerissen. Auch ist nach nur vier Jahren kaum zu sagen, welchen Weg die Schüler\*innen gehen werden. Daher fordern wir eine längere Grundschulzeit, wie es sie in anderen Bundesländern und Ländern (z.B. Berlin, Dänemark) schon gibt. Die Aufteilung auf verschiedene Schulformen kann zu Vorurteilen führen und ist aus unserer Sicht ein



Grund dafür, dass die Lust am Lernen verloren geht. Gleichzeitig werden soziale Unterschiede durch ein ungerechtes Schulsystem weitergeführt.

Wir fordern daher die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems und die Einführung der Inklusiven Ganztags Gesamtschule (IGGS). In dieser sollen alle Schülerinnen gemeinsam lernen und leben können. Dabei soll es kreative Angebote geben, die den künstlerischen, musischen, technischen und anderen Interessen entsprechen. Auch digitale Techniken sollen einbezogen werden. Durch den Ganztag soll es keine Hausaufgaben mehr geben, damit mehr Freizeit möglich ist. In der Schule soll gelten: "Jede\*r nach seinen Fähigkeiten, jede\*m nach seinen\*ihren Bedürfnissen".

### **3. Weg mit der Enge: Kleinere Lerngruppen!**

Wir wollen maximal 15 Schüler\*innen in einer Klasse. Steigende Schüler\*innenzahlen und Lehrkräftemangel in vielen Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens führen dazu, dass die Klassen immer größer werden und die Räume oft zu klein sind. Das führt zu Stress bei Schüler\*innen und Lehrkräften. Es kann zu Problemen im Unterricht führen und das Lernen erschweren.

Wir fordern daher, dass Klassen kleiner werden und der Lehrkräftemangel dringend behoben wird. Dazu gehört auch der Bau neuer Schulen. Die Forschung zeigt, dass kleinere Klassen nur wenig bringen, wenn der Unterricht nicht anders gestaltet wird. Daher muss auch der Unterricht verbessert werden, mit mehr gemeinsamem Lernen und Arbeiten.

### **4. Weg mit den Noten: Bewertungssystem reformieren!**

Das klassische Bewertungssystem mit Noten von 1 bis 6 kann Lernfortschritte nicht wirklich zeigen und erkennt die Vielfalt des Wissens nicht an. Es werden nur Zahlen gegeben nach Kriterien, die oft von der Lehrkraft abhängen, also nicht fair sind und die Schüler\*innen in Schubladen stecken. Lernfortschritte können kaum gezeigt werden. Besonders bei Klausuren wird nur zu einem bestimmten Zeitpunkt unter Druck Wissen abgefragt und benotet. Außerdem bereitet das Notensystem auf die Leistungsgesellschaft vor und schafft unnötige Konkurrenz zwischen den Schülerinnen, anstatt Zusammenhalt zu fördern.

Wir fordern daher die Abschaffung der Noten. Stattdessen sollen andere Bewertungssysteme eingeführt werden, die den Lernfortschritt der Schüler\*innen besser zeigen. Dabei sollen auch Arten von Wissen jenseits des akademischen Wissens anerkannt werden. Diese neuen Bewertungssysteme umfassen sowohl



mündliches als auch schriftliches Feedback, zum Beispiel in Form einer Tabelle. So können die Schülerinnen besser erkennen, wo Probleme bestehen und aktiv mit der Lehrkraft an Verbesserungen arbeiten. Klausuren beziehungsweise Klassenarbeiten sollten überarbeitet werden und mehr die Fähigkeiten der Schüler\*innen prüfen als stures Auswendiglernen zu fördern, zum Beispiel durch Open-Book-Klausuren, bei denen Unterlagen benutzt werden dürfen.

## 5. Weg mit der Fremdbestimmung: Mitbestimmung in die Schulen!

Die jetzige Mitsprache erlaubt nur eine begrenzte Beteiligung der Schüler\*innen bei Entscheidungen. Leider schränken Lehrkräfte Schüler\*innenvertretungen in ihren Projekten ein. Wünsche können wegen fehlendem Geld nicht umgesetzt werden. Mitbestimmung im größeren Umfang ist meist erst ab der 5. Klasse möglich und wird häufig erst von älteren Schüler\*innen wahrgenommen. Das Gefühl, selbst etwas bewirken zu können, und die Gestaltung des eigenen Lernorts sind jedoch wichtig für den Erfolg in der Schule, aber auch für das Vertrauen in demokratische Prozesse und die aktive Teilnahme an der Gesellschaft als Erwachsene.

Daher fordern wir Mitbestimmung über den eigenen Lernort von der Grundschule an. Die Schüler\*innen sollen zum Beispiel ihren Klassenraum selbst gestalten können, das soll auch in der weiterführenden Schule weitergehen. Dazu gehört auch, dass NRW seinen Vertrag mit der Bundeswehr kündigt. Die Bundeswehr soll keinen Platz in der Schule haben, um für den Soldatenberuf zu werben und Krieg zu verherrlichen. Die Schüler\*innenvertretung soll mehr Rechte bekommen. Sie soll eigenständig handeln und aktiv an politischen Entscheidungen teilnehmen können. Dazu soll überprüft werden, dass alle Schulen eine Schüler\*innenvertretung haben, die auch in der überörtlichen Schüler\*innenvertretung (Bezirksschüler\*innenvertretung) mitarbeitet. Es soll Seminare sowohl für die Schüler\*innen als auch für die SV-Lehrkräfte geben, die die Schüler\*innen in ihrer Selbstständigkeit fördern. Die Drittelparität in der Schulkonferenz muss abgeschafft werden und die Schüler\*innen sollen mehr Einfluss bekommen. Dabei sollen sie auch den Unterricht und seine Methoden mitbestimmen können, auch die Schüler\*innen in der Klasse oder im Kurs sollen mitentscheiden können. Doch die Mitbestimmung darf nicht nach der Schule aufhören. Die aktuellen Forderungen nach einer Wiedereinführung der Wehrpflicht schränken dieses Mitbestimmungsrecht stark ein. Die Wehrpflicht, die von den meisten Jugendlichen abgelehnt wird, ist klar gegen unsere Interessen als Schüler\*innen und Jugend insgesamt.



## 6. Weg mit langen Tagen: Unterricht nur bis 16 Uhr!

An vielen weiterführenden Schulen haben Schüler\*innen auch nach 16 Uhr noch Unterricht oder müssen in der Schule sein. Sich über acht Stunden zu konzentrieren ist kaum möglich, auch wenn es Pausen gibt. Außerdem wird so die freie Zeit der Schüler\*innen gekürzt, die sie mit politischem Engagement oder im Sportverein verbringen und in der sie sich mit Freund\*innen treffen könnten. Längere Unterrichtszeiten verringern zudem die Chancen der Schüler\*innen, die wegen familiärer Pflichten oder wegen ihrer sozialen und finanziellen Lage benachteiligt sind, auf einen höheren Abschluss.

Deshalb fordern wir, dass Unterricht nach 16 Uhr nur noch in absoluten Ausnahmefällen stattfinden darf. Damit verbunden ist die Forderung, auch in der Oberstufe hitzefrei zu ermöglichen. Denn bei Temperaturen über 27 Grad Celsius können sich auch ältere Schüler\*innen nicht mehr gut auf den Unterricht konzentrieren.

## 7. Weg mit überteuertem Fraß: Kostenloses gutes Mensaessen!

In vielen Schulen gibt es Mensen. Diese bieten den Schüler\*innen eine Möglichkeit, sich zu stärken und gemeinsam zu essen. Leider entspricht das Essen oft nicht dem, was versprochen wurde. Außerdem kostet es immer Geld, was für Schüler\*innen, die in Armut leben, schwierig sein kann.

Deshalb fordern wir, dass das Mensaessen bestimmte Qualitätsstandards erfüllen muss. Dazu gehört unter anderem, dass es gute vegetarische und vegane Alternativen gibt, die mehr als nur Salat sind. Außerdem sollte das Mensaessen kostenlos sein und eventuelle Kioskangebote sowohl qualitativ hochwertig als auch für die Schüler\*innen bezahlbar sein. Wenn nötig, sollte es finanzielle Unterstützung von der Stadt, dem Land oder dem Bund geben.

## 8. Weg mit der Menschenjagd: Keine Schüler\*innen abschieben!

In der Vergangenheit wurden immer wieder Schüler\*innen aus Schulen abgeschoben. Als wäre die Abschiebung nicht schon unmenschlich genug, wird die abgeschobene Person zusätzlich vor ihren Mitschüler\*innen gedemütigt. Die Abschiebung kann auch bei den Mitschüler\*innen zu traumatischen Erlebnissen führen. Durch die aktuellen politisch rechten Verschärfungen im Asylrecht ist zu



befürchten, dass dies in Zukunft noch öfter vorkommen wird. Außerdem werden geflüchtete Schüler\*innen häufig nicht gut aufgenommen und integriert.

Wir fordern daher, Abschiebungen aus Schulen und von Schüler\*innen generell zu verbieten. Die Asylpolitik muss wieder menschlicher werden. Das Gemeinsame europäische Asylsystem (GEAS) verwehrt einigen Kindern das Recht auf Bildung und sperrt sie mit ihren Eltern praktisch in Lager ein. Damit muss Schluss sein. Die Integration in der Schule muss gestärkt werden, gute Sprachkurse und eine aktive Willkommenskultur sind nur ein Teil davon. Auch Mehrsprachigkeit muss als Chance anerkannt und genutzt werden.

Unterstützer\*innen:

